

Hauptausschuß

Protokoll

63. Sitzung (nicht öffentlich)

10. März 1994

Düsseldorf - Haus des Landtags

10.30 Uhr bis 13.35 Uhr

Vorsitzender: Abgeordneter Grätz (SPD)

Stenograph: Schrader

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Der Ausschuß setzt die Punkte "Neue Flüchtlingspolitik der Landesregierung" und "Situation des Fernsehsenders VOX" von der Tagesordnung ab und ergänzt sie um den Punkt "Stärkung des Föderalismus im Rahmen der Verfassungsreform".

(Diskussionsprotokoll Seite 1)

1 Stärkung des Föderalismus im Rahmen der Verfassungsreform

Der Ausschuß kommt einvernehmlich überein, den Versuch zu unternehmen, in der nächsten Plenarsitzungswoche einen gemeinsamen Antrag einzubringen.

(Diskussionsprotokoll Seite 2)

2 Nordrhein-westfälische Interessen verantwortlich vertreten, letzte Chance zur Einflußnahme auf neues Stationierungsrecht nutzen

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 11/6636

Der Ausschuß behandelt den Antrag in einem ersten Beratungsdurchgang.

(Diskussionsprotokoll Seite 6)

3 Gesetz über die Verleihung der Rechte einer Körperschaft des öffentlichen Rechts an die Herrnhuter Brüdergemeine in Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 11/6717

Der Ausschuß stimmt dem Gesetzentwurf einstimmig bei Enthaltung der Vertreterin der GRÜNEN zu und benennt Abgeordneten Hegemann (CDU) als Berichterstatter.

(Diskussionsprotokoll Seite 12)

4 Entwurf einer Vierten Verordnung über die Zuordnung von Übertragungskapazitäten - 4. FrequenzVO

Vorlage 11/2816

Der Ausschuß stimmt der Verordnung bei Enthaltung der Vertreterin der GRÜNEN einstimmig zu.

(Diskussionsprotokoll Seite 13)

5 Novellierung der Geschäftsordnung des Landtags Nordrhein-Westfalen

Antrag
der Fraktion der CDU,
der Fraktion der F.D.P. und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 11/5000

In Verbindung damit:

Parlamentsreform für den Landtag Nordrhein-Westfalen

Antrag der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 11/155

Und:

Novellierung der Geschäftsordnung des Landtags Nordrhein-Westfalen

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 11/6064
Vorlagen 11/1913, 11/2830

Der Ausschuß schließt den ersten Beratungsdurchgang über die Novellierung der Geschäftsordnung mit der Behandlung der Anlagen ab (§§ 1 bis 13 siehe APr 11/1063, §§ 14 bis 34 siehe APr 11/1100, §§ 35 bis 57 siehe APr 11/1125, §§ 58 bis 117 siehe APr 11/1155).

(Diskussionsprotokoll Seite 20)

darum, in dem Schreiben den zeitlichen Ablauf im Bundesrat aufzuzeigen und die Standorte der Liegenschaften und ihre Größenordnungen zu benennen. Schließlich trägt er für den Ausschuß den Wunsch vor, soweit dies noch möglich sei, die Aspekte des Naturschutzes und der Gleichstellung der Beschäftigten in den Beratungen besonders zu vertreten.

3 Gesetz über die Verleihung der Rechte einer Körperschaft des öffentlichen Rechts an die Herrnhuter Brüdergemeine in Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 11/6717

Vorsitzender Grätz berichtet, der Kulturausschuß habe gestern darüber sehr ausführlich beraten. Die dabei gestellten Fragen seien ausnahmslos geklärt worden. Der Kulturausschuß empfehle einstimmig, dem Gesetzentwurf zuzustimmen.

Im Kulturausschuß sei insbesondere die geringe Zahl der Gemeindemitglieder angesprochen worden. Entsprechende Zweifel seien in der Diskussion ausgeräumt worden. Die Anerkennung sei keine Frage der Zahl, sondern hänge mit der Kontinuität einer Körperschaft, die für diese Brüdergemeine voll bejaht werde, und der Qualität zusammen, die in diesem Falle durch eine herausragende geistige Tradition in Deutschland und in der ganzen Welt gegeben seien. Es sei darauf hingewiesen worden, daß die Herrnhuter Brüdergemeine seit Jahrhunderten geradezu beispielhaft wirke, was internationale Verständigung und die Anerkennung anderer Rassen und Überzeugungen angehe.

Unabhängig davon habe es eine Diskussion über die fortlaufenden Anerkennungen, die in den letzten Jahren erfolgt seien, gegeben. Im Kulturausschuß seien auch gewisse Problemfälle, die für die Zukunft erkennbar seien, genannt worden.

Abgeordnete Höhn (GRÜNE) legt dar, in ihrer Fraktion seien auch Bedenken wegen der Mitgliederzahl lautgeworden. Bei Privilegien, die religiösen Gemeinschaften eingeräumt würden, sollte nach Meinung ihrer Fraktion eher Zurückhaltung geübt werden. Wegen dieser Bedenken werde sie sich heute der Stimme enthalten. Die Abgeordnete kündigt aber an, die Argumente, die im Kulturausschuß eine Rolle gespielt hätten, nochmals zu überprüfen, so daß ein anderes Abstimmungsverhalten ihrer Fraktion im Plenum durchaus möglich sei.

Zu der Mitgliederzahl bemerkt **Vorsitzender Grätz** noch, daß die Düsseldorfer Gemeinde zwar nur 530 Mitglieder habe, die Brüdergemeine weltweit aber eine halbe Million. Im Kulturausschuß sei überzeugend dargelegt worden, daß selbst bei der kleinen Zahl in Nordrhein-Westfalen die Kontinuität aufgrund der langjährigen Erfahrungen mit der Brüdergemeine gewährleistet erscheine. Aus persönlicher Kenntnis könne er dies auch bestätigen. Ein interessanter Aspekt sei auch, daß viele Mitglieder der Brüdergemeine gleichzeitig Mitglieder anderer evangelischer Kirchen seien. Auch das sei ein Element der Kontinuität.

Abgeordneter Tschoeltsch (F.D.P.) äußert, auch in seiner Fraktion seien Bedenken wegen der geringen Zahl der Mitglieder vorgetragen worden. Man habe die Gefahr einer Flut von neuen Anträgen gesehen. Nach den Ausführungen des Vorsitzenden aber könne er dem Gesetzentwurf zustimmen.

Ergebnis siehe Beschußteil, Seite II.

4 Entwurf einer Vierten Verordnung über die Zuordnung von Übertragungskapazitäten - 4. FrequenzVO

Vorlage 11/2816

Abgeordneter Hegemann (CDU) fragt vor dem Hintergrund der teilweise erheblichen Kapazitätssteigerungen, ob Interferenzen mit anderen Sendern ausgeschlossen werden könnten.

Ministerialdirigent Bopp (Staatskanzlei) antwortet, eine entsprechende Prüfung werde bereits bei der Koordinierung vorgenommen. Die technische Verträglichkeitsprüfung mit anderen Sendern sei Voraussetzung, daß eine Frequenz zur Nutzung freigegeben werde; das gelte auch für Leistungserhöhungen. Eine Prüfung erfolge sowohl auf der nationalen als auch auf der internationalen Ebene. Diese habe ergeben, daß mit Problemen nicht zu rechnen sei.